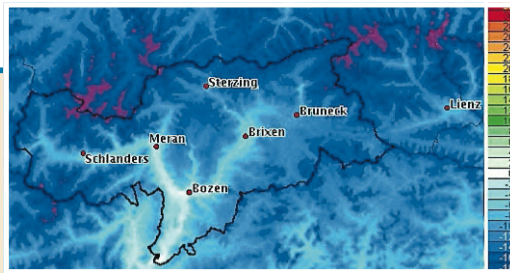


5000

Teilungspläne werden in den Katasterämtern des Landes Jahr für Jahr eingereicht. Durch die Umstellung auf die digitale Erfassung der Dokumente werden Unmengen an Papier gespart.



Nacht auf heute dürfte die kälteste in diesem Winter gewesen sein

BOZEN. Jetzt geht's runter mit den Temperaturen, meldet der Landeswetterdienst. Die vergangene Nacht dürfte die bisher kälteste in diesem Winter gewesen sein, lautete die Vorhersage gestern Abend. Alle Zutaten für den Temperatursturz sind

gegeben: Kalte Luftmasse, sternenklarer Himmel, Windstille und in den höheren Tälern ein schneebedeckter Boden. Bis zum Wochenende kommt dann aber eine Milderung, auf den Bergen sollen die Temperaturen um runde zehn Grad ansteigen.

Einen Hektar Papier sparen

KATASTER: Ab Montag Dokumente nur mehr digital erfasst – Berger: Ressourcensparender Bürokratieabbau

BOZEN (LPA). Mit kommenden Montag, 17. Dezember, wird das Katasterwesen revolutioniert: Ab diesem Datum werden die Dokumente von den Freiberuflern nur mehr digital erfasst. Die telematische Übermittlung an die Ämter wird durch das Kataster- und Grundbuchportal ermöglicht.

Seit der Veröffentlichung der ersten Katasterkarten im Jahre 1858 werden jegliche Grundstücksänderungen, Grenzbegründungen usw. mittels Ausarbeitung von Teilungsplänen durchgeführt. Ungefähr 5000 Teilungspläne im Jahr werden in den Katasterämtern des Landes eingereicht.

Die bis jetzt notwendige Hinterlegung der Dokumente in der jeweiligen Gemeinde seitens der Freiberufler entfällt mit der neuen Regelung: Vom Kataster werden die Dokumente den Gemeinden automatisch zur Verfügung gestellt. „Wir haben lange auf diesen ressourcensparenden Bürokratieabbau hingearbeitet“, erklärt dazu Landesrat Hans Berger.

Ausschlaggebend für ein solches Projekt ist die Bereitschaft der Freiberufler, neue IT-Technologien zu verwenden. Ihre



Alles neu im Kataster: Die Dokumente werden ab dem 17. Dezember nur mehr digital erfasst.

LPA

Büros sind meistens gut ausgestattet, und die Techniker haben eine überdurchschnittliche Ausbildung.

Im Gegenzug sparen sich die Freiberufler nun die Fahrten zur Gemeindeverwaltung und -

wenn sie die Abgabe über das „Openkat“-Portal wählen – auch mehrere Fahrten zu den Katasterämtern. Ab dem 17. Dezember kann mit einer Zeitersparnis von bis zu 30 Prozent gerechnet werden. Die Umsetzung dieses

Projekts hat nicht nur durch die Verringerung der Verkehrsbelastung positive Auswirkungen auf die Umwelt: Ein Hektar Papier, die jährlich in den Katasterämtern über die Tische gehen, fällt in Zukunft weg.



Immer weniger werden die Postämter in Südtirol: Außerhalb der Städte stehen erneut Schließungen und Rationalisierungen vor.

Post: Weitere Ämter verschwinden

BOZEN (uli). Dann waren's sechs weniger: Mit Jahresende – genauer gesagt, ab 29. Dezember – werden zwei weitere Postämter in Südtirol, nämlich jene von **St. Pauls** und von **Steinegg** schließen. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der italienischen Post und den Gewerkschaften, welche gestern stattgefunden haben. Bereits seit zwei Wochen geschlossen sind die Postämter in **Blumau**, **St. Johann/Ahrntal**, **Birchbruck** und **Reschen**. In weiteren sechs Postämtern soll rationalisiert werden, kündigten die Vertreter der italienischen Post den Gewerkschaftsvertretern gegen-

über gestern an. Welche dies sind, wird erst heute bekannt. Weitere neun Postämter riskieren zumindest Rationalisierungen – das soll aber vom Jahresergebnis 2013 abhängig gemacht haben, sickerte gestern durch. Die Details zu den Schließungen bzw. Rationalisierungen werden Vertreter der Postgewerkschaft GKW/SLC im CGIL/AGB bei einer Pressekonferenz bekannt geben, welche am morgigen Freitag in Bozen stattfindet. Fabrizio Tomelleri, Generalsekretär des GKW/SLC und Antonio Poddesu vom GKW/SLC werden über den Stand der Dinge informieren.

Visionäre Linie verbindet



Landtagspräsident Herwig van Staa eröffnete in der Kaiserlichen Hofburg in Innsbruck die Ausstellung „LINES on LIMIT“. Anschließend unterhielt er sich mit Martina Drechsel über ihr präsentiertes Werk.

Helmuth Öhler

INNSBRUCK (oeh). „Zeichnungen „bedeuten künstlerische, emotionale Verarbeitung von gesellschaftlich relevanten Fragen in einem Europa, das Einheit in der Vielfalt darstellt“, hob Landtagspräsident Herwig van Staa bei der Eröffnung der exquisiten Ausstellung „LINES on LIMIT“. Zeitgenössische Zeichnung aus der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ hervor. Van Staa war kompetenter Eröffner.

Die Schau in der Kaiserlichen Hofburg zu Innsbruck versammelt künstlerische Arbeiten, die sich mit der Zeichnung beschäftigen: Diese lebt von der Linie, die Grenzen zieht, gleichzeitig vereint der Zeichenparcours auch Nordtirol, Südtirol und das Trentino, da die 15 Künstler aus diesen Gebieten stammen – jeweils fünf Positionen vertreten einen Teil der Europaregion, „damit ist hier die Balance gege-

ben“, bestätigte van Staa. Die Künstler und ihre „kommunikativen“ Arbeiten hat Kuratorin Sabine Gamper aus Bozen sehr überzeugend ausgewählt und damit ein Modell für die „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ im Großen geschaffen.

Bei einem Rundgang durch die Schau erkennt der Betrachter, was Zeichnung heute sein kann, „welche Möglichkeiten, Techniken es in der zeitgenössischen Zeichnung gibt. Sie ist aufgrund ihrer künstlerisch schnellen und flexiblen Technik in der Lage, ungeheuer am Puls der Zeit zu sein“, betonte Sabine Gamper. „Künstler als Visionäre überwinden in ihren Arbeiten Grenzen. Künstler sind daher für unsere Gesellschaft unverzichtbar – ohne Kultur gibt es keine Gesellschaft“, gab van Staa zu bedenken. Die Ausstellung kann bis zum 13. Jänner 2013 besucht werden.

„Landwirtschaft ist letzte heilige Kuh“

LANDTAG: Thomas Egger prangert steuerliche Vorteile für Bauern an – Durnwalder verteidigt Autonomie

BOZEN. Einen Frontalangriff gegen die Bauern startete gestern Thomas Egger: Bei der Generaldebatte zum Landeshaushalt meinte der Freiheitliche, „in Zeiten, in denen bei allen gestrichen werde“, seien die Bauern wieder ausgenommen. Kritik an Haushalt und Landesregierung kam aber auch aus den Reihen der SVP. Landeshauptmann Durnwalder verteidigte in seiner Replik Autonomie und Integrationsgesetz.

Thomas Egger bemängelt fehlende Steuergerechtigkeit in Südtirol: Bei 8,3 Mrd. Euro erklärtem Gesamteinkommen in Südtirol und 1,8 Mrd. Euro an Einkommenssteuer trage die Landwirtschaft nur 25 Mio. Euro an Einkommen und fünf bis

sechs Mio. Euro an Einkommenssteuern bei. Die Bergbauern, denen jede Vergünstigung vergönnt sei, würden als Feigenblatt für die Talbauern hergenommen, um letztere vor den Steuern zu schützen, meint Egger. Der Bauernbund sei der harte Kern der SVP, das werde hier deutlich. Die Landwirtschaft sei die letzte heilige Kuh in Südtirol, die man nicht antasten dürfe, ohne zum Hetzer gestempelt zu werden. Ein Sparpotenzial gebe es in der Landwirtschaft auch bei der Vielzahl an Zuchtverbänden, die mit insgesamt 3,5 Millionen Euro gefördert würden.

Arnold Schuler (SVP) meint, es wäre besser, den Bau des Technologieparks zu verschieben, und stattdessen in den Ausbau

des Breitbandnetzes zu investieren. **Josef Noggler** (SVP) ging vor allem auf die Äußerungen Durnwalders zur SEL AG ein. Dieser habe angekündigt, dass sich an der Ausrichtung der SEL nichts ändern werde. Noggler fragt sich, was damit gemeint sei: Dass sich die SEL weiter an Kleinkraftwerken beteiligen werde? Dass Enel und Edison weiter die Strompolitik bestimmen würden?

Landeshauptmann **Luis Durnwalder** erneuerte in seiner Replik sein Bekenntnis zur Autonomie. Es sei Wahlkampf, und andere Parteien wollten sich eben von der SVP unterscheiden, aber die Autonomie sei das einzige, was realistisch sei. Die Autonomie sei international verankert,

für eine Grenzverschiebung würde man in Europa keine Unterstützung finden. Die Regierung Monti habe das Autonomiestatut mehrmals verletzt, und Südtirol habe dagegen Rekurs eingelegt. Das Verfassungsgericht habe inzwischen bestätigt, dass das Land in Anwendung des Mailänder Abkommens gewisse Steuererleichterungen gewähren könne. Dies sei ein erster Schritt zu einer Finanzhoheit. Eine eigenständige Steuerpolitik, mit der das Land Mehrwertsteuer- und Einkommenssteuersätze festlegen könne, sei noch weit entfernt. Das Integrationsgesetz habe bereits Erfolge gezeigt. Durnwalder bat, im Zuge von Aufklärungskampagnen bei der Wahrheit zu bleiben.

Sonderfonds: Ball nach Rom

ERMITTLUNGEN: Landesregierung beanstandet Beschlagnahmen vor Verfassungsgericht – Rispoli: Rechts

BOZEN (ler/uli). Mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht wehrt sich das Land gegen die Beschlagnahme der Akten zum Sonderfonds des Landeshauptmannes. Wie berichtet, hatte die Staatsanwaltschaft am Rechnungshof am 18. Oktober alle Aktenordner mit den Unterlagen zum Sonderfonds seit 1994 im Büro des Landeshauptmanns abgeholt. Der Teil, der möglicherweise strafrechtlich relevant sein könnte – die Ermittlungshypothese lautet auf Unterschlagung im Amt – wurde an die Staatsanwaltschaft am Landesgericht übermittelt.

Diese Aktion sei nicht rechtens, befanden inzwischen die Rechtsämter des Landes, und

daher beschloss die Landesregierung eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof. „Die Ermittlungen gehen von Zeitungsartikeln und Landtagsanfragen zu meiner Geburtstagsfeier auf Schloss Tirol aus“, erklärt Landeshauptmann Luis Durnwalder: Daher hätten nur jene Unterlagen beschlagnahmt werden dürfen, die auch diesen Tag betreffen. Auch der Beschluss der Landesregierung argumentiert, dass die Beschlagnahme nicht „konkrete und spezifische Elemente“ betreffe, sondern „generisch“ den ganzen Sonderfonds. Daher würden Bestimmungen der Verfassung und des Autonomiestatus verletzt. Der Leitende Staatsanwalt Guido Rispoli ist

von der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme überzeugt. „Es gibt ein Urteil der Kassation von 2009, welches besagt, dass die Kontrolle über die Verwaltung des Sonderfonds nicht nur rechtens, sondern sogar Pflicht der Institutionen ist. Das Verfassungsgericht kann jetzt entweder feststellen, dass das Vorgehen im damaligen Fall nicht rechtens war oder es bestätigt hat“, meint Rispoli. Sollte das Verfassungsgericht dem Land Recht geben, werde erst aus der Urteilsbegründung hervorgehen, ob nur die Ermittlungen des Rechnungshofs oder auch jene der Staatsanwaltschaft am Landesgericht betroffen seien.



Karrenweise Akten ließ die Staatsanwaltschaft des Rechnungshofs am 18. Oktober im Büro des Landeshauptmanns beschlagnahmen.

DLife